

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit
(22. Ausschuß)**

**zu dem Antrag des Abgeordneten Konrad Weiß (Berlin)
und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
— Drucksache 12/6168 —**

Reform der Weltbank

A. Problem

Schwere Mängel bei Vorbereitung und Ausführung von Weltbank-Projekten hat — neben anderen — der vormalige Weltbank-Vizepräsident Willi Wapenhans festgestellt. Seinen Erhebungen zufolge ist zugleich die Zahl der Problemfälle bei Weltbank-Projekten in den letzten zehn Jahren deutlich angestiegen.

B. Lösung

Aufforderung an die Bundesregierung, in den sieben Bereichen

- Informationspolitik,
- Unabhängige Berufskommission,
- Projektqualität,
- Einhaltung eigener Richtlinien,
- Umsiedlung,
- Energie und
- nationale Kontrolle

sich dafür einzusetzen, daß Weltbankaktivitäten den Anforderungen nachhaltiger Entwicklung gerecht werden.

Ablehnung im Ausschuß mit Mehrheit

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

werden im Antrag nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag — Drucksache 12/6168 — wird abgelehnt.

Bonn, den 27. Juni 1994

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Dr. Uwe Holtz

Vorsitzender

Christoph Matschie

Berichterstatter

Dr. Christian Ruck

Ingrid Walz

Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Christoph Matschie, Dr. Christian Ruck, Ingrid Walz**I. (Beratungsverfahren — allgemein)**

Der Deutsche Bundestag überwies den Antrag in seiner 208. Sitzung am 3. Februar 1994 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuß, an den Finanzausschuß und an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

II. (Beratungsverfahren — mitberatende Ausschüsse)

Der Auswärtige Ausschuß lehnte den Antrag in seiner 95. Sitzung am 18. Mai 1994 mehrheitlich ab. Der Finanzausschuß lehnte den Antrag in seiner Sitzung am 2. März 1994 ab.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit lehnte den Antrag in seiner 81. Sitzung am 15. Juni 1994 mehrheitlich ab.

III. (Beratungsverfahren — federführender Ausschuß)

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit beriet den Antrag in seiner 78. Sitzung am 15. Juni 1994.

Seitens der antragstellenden Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde erläutert, das Anliegen des Antrags sei es, zu einer umfassenden Reform der Weltbank zu kommen. Bei Weltbank-Projekten gehe es stets um die verantwortungsbewußte Verwendung von Steuermitteln. Zu oft seien bislang — auch gegen die Stimme der Bundesregierung — deutsche Finanzmittel in Weltbank-Projekte geflossen, deren entwicklungspolitische Effizienz sich als fragwürdig herausgestellt habe. Die Weltbank müsse daher einer tiefgreifenden Reform unterzogen werden, wenn sich wirklich etwas ändern solle. Die Bundesregierung sei anzuhalten, eine solche Reform mit ihren Möglichkeiten nachdrücklich einzufordern.

Seitens der Fraktion der CDU/CSU wurde erklärt, der Antrag folge, wie die Anträge der Fraktion der SPD — Drucksachen 12/1646 und 12/7691 — der Grund-

linie: Die Weltbank müsse sehr darauf festgelegt und gedrängt werden, die für ihr Handeln verbindlichen Richtlinien auch wirklich umzusetzen. Diese Linie verfolge auch die Fraktion der CDU/CSU. Den Antrag der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde man jedoch ablehnen, weil die eine oder andere Formulierung zu weitgehend bzw. die vorgeschlagenen Verfahren nicht praktikabel seien.

Seitens der Fraktion der F.D.P. wurden diese Feststellungen und Schlußfolgerungen bekräftigt.

Seitens der Fraktion der SPD wurde erklärt, was die „Zielstellung“ des Antrags angehe, könne man „in sehr vielen Punkten mitgehen“. Problematisch sei, daß dieser Antrag keine Aussagen zur Gestaltung von Rahmenbedingungen in Entwicklungsländern und zum Verhalten der Weltbank bezüglich der Struktur- anpassungspolitik enthalte. Zudem seien manche Formulierungen so detailliert, daß der Rahmen der Vorgaben, die ein Parlament machen könne, überstiegen werde.

Seitens der Bundesregierung wurde bemerkt, der Antrag weise, wie die beiden erwähnten anderen Anträge der Fraktion der SPD, in ein und dieselbe Richtung: die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit der Weltbank zu verbessern. Die Bundesregierung habe Grund zu der Annahme, daß seitens der Weltbank ernsthafte Reformanstrengungen unternommen würden. Deutscherseits werde der Reformprozeß nicht nur beobachtet, sondern mit vorangetrieben. Angesichts des Umfangs der jetzt eingeleiteten Reformen halte die Bundesregierung es nicht für zweckmäßig, durch weitere Anträge — wie den der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 12/6168 — „noch etwas nachzuschieben“.

Ergebnis

Der Ausschuß lehnte mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen bei einigen Enthaltungen der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der Gruppe der PDS/Linke Liste den Antrag ab.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit bittet den Deutschen Bundestag, dem Votum des Ausschusses zu folgen.

Bonn, den 27. Juni 1994

Christoph Matschie
Berichterstatte

Dr. Christian Ruck

Ingrid Walz
Berichterstatte